

Die SPD will Großvater Marx in die Kommunalpolitik einschmuggeln

Achtung auf dem kommunalen Sektor! Nicht nur weil in diesem Jahr neben den Landtagswahlen eine Reihe von Kommunalwahlen stattfinden, sondern ganz besonders deshalb, weil sich das neue kommunale Grundsatzprogramm der SPD als ein gefährliches Instrument zur mehr oder weniger getarnten Durchsetzung eindeutig marxistischer Zielvorstellungen entpuppt hat. Die CDU ist gerade hier aufgerufen zur Verteidigung des Demokratieverständnisses und der Verfassungsordnung des Grundgesetzes.

I. Aufbau des Programmentwurfs der SPD

Aufgeschreckt durch die katastrophalen Wahlverluste im Frühjahr 1974, vor allem in den großen Städten, drängte die Basis der SPD auf grundsätzliche Aussagen der Bundespartei zur Kommunalpolitik. Anfang September hat die Kommission Kommunalpolitik, Städtebau und Wohnungsbaupolitik beim Parteivorstand der SPD den Entwurf eines kommunalpolitischen Grundsatzprogramms vorgelegt.

Das Programm wurde vom 11.—13. Oktober auf einer kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD beraten und verabschiedet. Der Programmentwurf wird dem

nächsten Bundesparteitag der SPD in Mannheim vorgelegt und dann endgültig verabschiedet. Der Programmentwurf gliedert sich in drei größere Abschnitte:

1. Grundsätzliche Aussagen zur Kommunalpolitik
2. Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik
 - Kommunalverfassung
 - Kommunale Finanzen
 - Raumordnung und Regionalplanung
 - Bodenordnung
3. Schwerpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik
 - Wohnen
 - Arbeiten
 - Verkehr
 - Umwelt
 - Bildung, Kultur, Freizeit
 - Soziale Sicherung und Integration

Unter den drei Abschnitten sind bemerkenswerte Unterschiede festzustellen:

Der 1. Abschnitt geht von einem eindeutig marxistischen Denkansatz aus. Hier liegt deshalb auch der Kern zur Auseinandersetzung zwischen SPD und CDU.

Der 2. Abschnitt ist eindeutig der schwächste Teil.

Der 3. Abschnitt ist sehr pragmatisch angelegt. Sieht man von einigen typisch sozialdemokratischen Ansätzen, vor allem im Wohnungsbaubereich, bei kommunaler Mitbestimmung und im Bildungsbereich ab, könnten viele Forderungen auch in den kommunalpolitischen Programmen anderer Parteien stehen.

II. Zielaussagen der SPD zur Kommunalpolitik

Die SPD benutzt die Kommunalpolitik zur Durchsetzung ihrer kollektivistisch-sozialistischen Ideologie

Die Zielaussagen der SPD beginnen mit dem entscheidenden Satz, eine „Veränderung der bestehenden Gesellschaft zu einer neuen Gesellschaft“ erstreben zu wol-

len. Damit übernimmt die SPD für die Kommunalpolitik die Kernforderung der Jungsozialisten. Nach dem Scheitern des linken Flügels der SPD in der Bundespolitik wird damit die Kommunalpolitik zum zentralen Feld der Systemauseinandersetzung und der Gesellschaftsveränderung gemacht. Die sozialistisch interpretierten Begriffe Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sollen die „Grundwerte“ der neuen Gesellschaft sein.

In den grundsätzlichen Aussagen spielen immer die Schlagworte „Demokratisierung aller Lebensbereiche“ und „Vorrang der Interessen der Mehrheit vor dem privaten Vorteil einer Minderheit“ eine zentrale Rolle.

● Das Wort „einzelner“ wird immer wieder negatiert mit den Zusätzen privater oder wirtschaftlicher Vorteil. Positiviert werden dagegen die Interessen der großen Mehrheit und die „gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse“.

Hier zeigt sich die kollektivistische Grundrichtung der SPD. Nach diesem Verständnis ist für konkurrierende Volksparteien kein Platz, denn eine Partei erhebt den Anspruch, die Interessen der großen Mehrheit des Volkes gegen eine Minderheit durchzusetzen. Dies entspringt einem sozialistischen Einheitsdenken, in dem für das pluralistische Demokratieverständnis der Verfassungsordnung des Grundgesetzes kein Raum ist.

Psychologische Unterminierung der sozialen Marktwirtschaft

Unsere Wirtschaftsordnung wird mit dem Vokabular des Marxismus beschrieben: Sie sei gekennzeichnet durch kapitalistische Produktions- und Verwertungsbedingungen. Es wird zwar nicht gefordert, daß die soziale und liberale Wettbewerbsordnung durch eine andere Wirtschaftsordnung ersetzt werden soll. Aus den Formulierungen wie „Ein- und Unterordnung des ökonomischen Prinzips unter den Zielsetzungen der Bedürfnisse der Gesellschaft“ läßt sich sogar auf den Willen zur Beibehaltung unserer Wirtschaftsordnung schließen. Allerdings zeigen die Formulierungen ein derartiges Mißverständnis der sozialen Marktwirtschaft, daß dieses langfristig den Keim zu ihrer Zerstörung in sich trägt.

Die Marktwirtschaft wird als bloß technisch leistungsfähiges Instrumentenbündel mißverstanden. Der Staat und vor allem die Kommunen müßten jedoch die zwangsläufigen und vielfältigen gesellschaftspolitisch unerwünschten Ergebnisse scharf korrigieren. Die Marktwirtschaft ist aber nicht bloß technisch leistungsfähig, sondern sie bringt dem einzelnen den höchsten Freiheitsgrad und ist gleichzeitig das beste Indikatorsystem für die Befriedigung der „gesellschaftlichen Bedürfnisse“.

Schwächung des privaten Gestaltungswillens

Die SPD sieht den Bürger einseitig und ausschließlich in seiner Beziehung zur Gesellschaft. Von den individuellen Einzelrechten und -pflichten wird im Programm-entwurf nicht gesprochen. Es wird immer wieder betont, was der einzelne von der Gesellschaft alles erwarten kann.

- Damit stärkt die SPD eine passive Erwartungshaltung des einzelnen gegenüber der Gesellschaft. Notwendigerweise wird dadurch der private Gestaltungswille des einzelnen geschwächt.

Dieser Tatbestand ist jedoch nicht nur im Entwurf des Kommunalprogramms der SPD zu finden. Er kennzeichnet genauso die Politik der SPD auf Bundesebene seit 1969, die die Erwartungen überspannte und gleichzeitig den Leistungswillen schwächte. Diese grundsätzliche Einstellung der SPD bringt den einzelnen immer mehr in die Abhängigkeit von Staat und Gesellschaft. Dementsprechend fehlt bei dem Entwurf des Kommunalprogramms jeder Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip und die Stärkung der Familie. Das Subsidiaritätsprinzip ist der SPD wohl aus ideologischen Gründen verdächtig.

III. Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik

Taktisches Lippenbekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung

Dieser Abschnitt beginnt mit einem Bekenntnis zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Es wird die Gefahr dargestellt, daß zentrale staatliche Planung die Gemeinden lediglich zu Planungsvollziehern macht. Anschließend wird die Versicherung abgegeben, daß die SPD dafür Sorge tragen werden, „daß die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und verfassungsmäßig sowie kommunalrechtlich verbessert abgesichert wird.“

Diese etwas seltsame Versicherung hat programmatisch gar keinen Inhalt. Sie ist allenfalls ein einfallloser Trick, mit dem es die SPD vermeidet, konkrete und realisierbare Vorschläge für die Sicherung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung zu machen. Insofern ist die „Versicherung“ der SPD nicht mehr als ein Lippenbekenntnis zu werten angesichts der kommunalfeindlichen Praxis einiger SPD-regierter Länder — so forderte Minister Halstenberg aus Nordrhein-Westfalen die Aufhebung der Planungskompetenz der Gemeinden im Baubereich — und der SPD-geführten Bundesregierung.

Die SPD fordert den Ausbau der Mitwirkung der kommunalen Ebene im Gesetzgebungsverfahren. Auch hierzu fehlen konkrete und realisierbare Vorschläge. Interessant ist die Forderung der SPD: „Die Kommunen sind in geeigneter Weise rechtzeitig über Gesetzentwürfe und ihre weitere Entwicklung zu unterrichten unter besonderer Darlegung ihrer verfassungsrechtlichen und finanziellen Folgen.“ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Anfrage zur Lage der Städte und Gemeinden einen viel bescheideneren Vorschlag gemacht. Sie hat die Bundesregierung aufgefordert, alle zwei Jahre aus der Rückschau über zusätzliche Belastungen der Kommunen infolge der Bundesgesetzgebung zu berichten. Dies hat die Bundesregierung als nicht machbar abgelehnt. Ob die Bundesregierung bereit ist, einer weitergehenden Forderung der SPD zu entsprechen?

In den weiteren Absätzen fordert die SPD Bürgerbegehren, Einwohner- und Bürgerversammlungen, Bürgerberatungen, Mitwirkung des Bürgers an der Planung und die Öffentlichkeit von Ausschußsitzungen. Diese Forderungen werden knapp und ohne Details in der Art einer Stichwortsammlung vorgetragen. In dieser Form sind sie zwischen den Parteien unstrittig. Von Interesse in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß in einer Kampfabstimmung der linke Flügel die Herausnahme des Bürgerentscheids als einer weiteren Mitwirkungsmöglichkeit des Bürgers mit dem Argument durchgesetzt hat, daß dadurch die Möglichkeiten der Partei eingeschränkt würden.

Kommunale Mandatsträger bleiben ohne echte Kontrollmöglichkeiten

In diesem Abschnitt fehlt aber eine bedeutende Problematik der gegenwärtigen kommunalen Selbstverwaltung: die politische Aufgabe der kommunalen Vertretungskörperschaft zur Kontrolle gegenüber der Verwaltung.

- Die kommunalen Mandatsträger stehen als „Freizeitpolitiker“ der hauptamtlichen Verwaltung gegenüber. Durch unterschiedliche Informationsniveaus und durch die zunehmende Planungstätigkeit der Verwaltung sind die kommunalen Parlamente zu einer wirklichen Kontrolle der Verwaltung nicht mehr in der Lage. Die Machtfülle der Verwaltung und die fehlenden Möglichkeiten der Mandatsträger zur Kontrolle der Verwaltung gefährden die kommunale Selbstverwaltung und die kommunale Demokratie im Kern. Zu dieser gewichtigen Problematik schweigt die SPD.

In diesem Abschnitt fordert die SPD abschließend ein einheitliches kommunales Verfassungsrecht durch Schaffung einer Bundesrahmenkompetenz. Es wird damit begründet, daß bei wachsender Mobilität die Unterschiedlichkeit der Kommunalverfassung dem Bürger die Wahrnehmung seiner Rechte erschwert. Dieser schwa-

chen Begründung steht ein erheblicher Kompetenzverlust der Länder gegenüber. Dies würde einen großen Schritt in Richtung auf einen Zentralstaat bedeuten.

Die Forderung nach Verbesserung der kommunalen Finanzen bleibt „reine Scharlatanerie“

Der Beschluß über die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung hat in der Berichterstattung über die kommunalpolitische Bundeskonferenz den größten Widerhall gefunden. Die SPD hat darin die Erhöhung des gemeindlichen Anteils an der Lohn- und Einkommensteuer von zur Zeit 14 v. H. auf mindestens 18 v. H. gefordert. Um diesen Beschluß zu verstehen, ist es notwendig, seinen Werdegang in den Parteigremien zu beschreiben.

Die Kommission Kommunalpolitik, Städtebau und Wohnungspolitik beim Parteivorstand der SPD hatte in ihrem Programmwurf eine entsprechende Formulierung aufgenommen. Diese Forderung „stieß auf Widerstand im Parteipräsidium und wurde deshalb zunächst aus dem Entwurf gestrichen“, so Rudi Arndt in seiner Einbringungsrede auf der kommunalpolitischen Bundeskonferenz. Hans Koschnik sagte zu diesem Beschluß des Parteipräsidiums: „Ohne eine entsprechende Finanzausstattung muß diese Forderung (gemeint ist das Programm, d. V.) aber **reine Scharlatanerie** bleiben.“

Die Delegierten haben dann bei einer Gegenstimme die Forderung einer Erhöhung des Anteils an der Lohn- und Einkommensteuer wieder in das Programm aufgenommen. Dies ist eine Entscheidung der Basis gegen das Parteipräsidium der SPD. Es ist fraglich, ob der Parteitag in Mannheim im Herbst nächsten Jahres dieser Forderung entsprechen wird. Rudi Arndt drückte seine Zweifel hierzu aus: „Bei allem Vertrauen zu unseren Mitgliedern in der Bundesregierung und Bundestagsfraktion: Wirkliche Erfolge mit unserer Forderung nach besserer Finanzausstattung der Gemeinden werden wir erst dann haben, wenn wir auf den Parteitagen unsere ganze Kraft zielgerecht auf die Durchsetzung dieser Forderung konzentrieren. Die Mehrheit unserer Parteitagsdelegierten kommt aus den Kommunen, und wir müssen von dieser Mehrheit Gebrauch machen.“

Aber, selbst wenn der Parteitag der SPD dem Votum seiner Kommunalpolitiker folgen würde, wäre es immer noch mehr als zweifelhaft, ob eine SPD-geführte Bundesregierung dieser Forderung entsprechen würde oder das SPD-Kommunalprogramm „reine Scharlatanerie“ bleibt. Bundeskanzler Schmidt jedenfalls, obgleich als Redner angekündigt, hat kurzfristig sein Erscheinen auf der kommunalpolitischen Bundeskonferenz abgesagt, obgleich er zwei Stunden später auf

einer Wahlkundgebung in Nürnberg sprach. Minister Ravens, der für den Bundeskanzler einsprang, vermied es, die Finanzprobleme der Gemeinden überhaupt anzusprechen.

Raumordnung und Regionalplanung ohne konkrete Vorstellungen

Der Abschnitt Raumordnung und Regionalplanung verbleibt mit einigen grundsätzlichen Aussagen auf einem hohen Abstraktionsgrad. Konkrete Vorstellungen, wie die Ziele einer Beschränkung der übermäßigen Verdichtung und Entwicklung des ländlichen Raums erreicht werden sollen, sind nicht vorhanden.

Bodenordnung: Kommunalisierung, Sozialisierung

Die Ausführungen zur Bodenordnung laufen eindeutig auf eine Kommunalisierung und Sozialisierung hinaus. Den Gemeinden soll in Zukunft die Entscheidung über die Nutzung ihres gesamten Bodens zukommen. Von Reprivatisierungspflichten, die die CDU fordert, ist nicht die Rede.

Die Bodenwertzuwachssteuer wird nicht ausdrücklich erwähnt. Es sollen jedoch sowohl realisierte wie auch nicht realisierte Bodenwertsteigerungen erfaßt werden. Dies kommt einer Bodenwertzuwachssteuer gleich.

Die SPD fordert erneut die Beseitigung des privaten Eigentums an Grund und Boden durch die Trennung von Nutzungs- und Verfügungsrecht.

IV. Schwerpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik

SPD fordert grundsätzliche Aufhebung des Bodeneigentums in Städten und Gemeinden

Die Schwerpunkte enthalten überwiegend Auffassungen und Forderungen, die zwischen den Parteien unstrittig sind. Wenn ihnen also für sich genommen

überwiegend zugestimmt werden könnte, so müssen sie doch vor den Grundsatz-
aussagen der SPD zur Kommunalpolitik gewertet werden. Die SPD geht von einer
eindeutig marxistischen Analyse unserer gegenwärtigen Gesellschaft aus und
fordert — und dies ist gerade unter dem Aspekt der Kommunalpolitik von ent-
scheidender Bedeutung — die grundsätzliche Aufhebung des Bodeneigentums in
Städten und Gemeinden.

- Ein tragender Grundgedanke der „Schwerpunkte“ soll noch besonders betont
werden. Das Wort „private Initiative“ oder „freie Träger“ ist in allen sechs
Schwerpunkten nicht enthalten. Für den Grundsatz, daß der Staat und die
Gemeinde nicht an sich ziehen soll, was Menschen selbst füreinander tun
können und wollen, ist in der Ideologie der SPD offensichtlich kein Platz.

V. Kommunale Entwicklungspolitik

Eine Einsicht, die zu spät kommt

In einem abschließenden Kapitel nimmt die SPD zu Fragen der Stadtentwicklungs-
politik Stellung. Darin wird die Verödung der Innenstädte beklagt und gefordert:
„Die Funktion der Innenstadt als multifunktionaler Standort und Schauplatz des
öffentlichen Lebens muß wiederhergestellt werden.“

- Der Programmentwurf endet mit dem Eingeständnis des Scheiterns der bis-
herigen SPD-Kommunalpolitik: „Die Entmischung der Stadtfunktionen, die
Trennung von Produktions-, Verwaltungs-, Vergnügungs- und Wohnbereichen
hat sich als falsches Konzept für die zeitgerechte Stadtentwicklung erwiesen.“

Die späte Einsicht der Sozialdemokraten ist zu begrüßen, eine weitere Verödung
der Innenstädte nicht zuzulassen und auf den Bau neuer Wohnsilos ohne infra-
strukturmäßige Erschließung vor den Toren der Städte zu verzichten. Damit
schwenkt die SPD endlich auf eine alte Forderung der CDU ein. Die CDU wird
mit Interesse beobachten, ob es der Führung der SPD gelingt, die Stadtratsfraktio-
nen der SPD von der Notwendigkeit dieser Kurskorrektur zu überzeugen. Für
viele von der SPD regierten Städte und Gemeinden kommt diese Einsicht aller-
dings zu spät. So ist z. B. die Entwicklung im Münchener Lehel und im Frankfurter
Westend nicht mehr rückgängig zu machen. Hier wie in anderen Städten wurden
Einwohner Schritt für Schritt aus den Innenstädten an den Rand der Städte ver-
drängt, um gewerbesteuerzahlenden Unternehmen Platz zu machen.